

Die Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz, SPD, beim ver.di-Bundeskongress 2023

(mit Beifall begrüßt)

Lieber Frank Werneke! Liebe Martina Rößmann-Wolf! Liebe Yasmin Fahimi! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Morgen braucht uns!“ - das ist ein ganz, ganz wichtiges Motto, das dieser Kongress gewählt hat, weil es zwei Botschaften beinhaltet. Erstens, dass es eine gute Zukunft gibt, und das ist eine zentrale Frage, mit der wir uns heute auseinandersetzen müssen. Denn viele Bürgerinnen und Bürger dieses Landes - aber nicht nur bei uns - sind sehr verunsichert. Sie machen sich Sorgen über die Zukunft und fragen sich, wie das alles weitergehen soll, wenn es noch um die Nachwirkungen Corona-Pandemie geht, wenn es um die Frage geht: Was folgt aus dem Angriffskrieg auf die Ukraine mit all den verheerenden Konsequenzen und dem fürchterlichen Leid für unglaublich viele Menschen, die diesem russischen Krieg zum Opfer gefallen sind? Was folgt daraus auch für uns und für unsere Sicherheit in Europa? - Es wird aber auch die Frage diskutiert: Was passiert eigentlich mit der Globalisierung und all ihren Konsequenzen für unsere Zukunft in unseren Ländern, und was folgt aus dem menschengemachten Klimawandel? - All das sind Fragen, die Verunsicherung auslösen. Aber wenn wir darauf die Antwort der rechten Populisten geben, die sich in die Vergangenheit verliebt haben und darauf setzen, dass es irgendwie so sein könnte, wie es schon einmal war, dann geben wir die falsche Antwort: Die Zukunft und die Zuversicht gehören zu jeder progressiven Bewegung in diesem Lande dazu. (Beifall)

Deshalb bin ich so froh über dieses Motto. Denn wir haben eine Chance auf eine gute Zukunft, und wir können alles dafür tun, dass es tatsächlich so kommt. Das beginnt zum Beispiel in der Frage der ökonomischen Modernisierung unseres Landes, die zugleich die Antwort auf den menschengemachten Klimawandel ist. Nur, wenn es uns gelingt, jetzt und in wenigen Jahren die Grundlagen dafür zu legen, dass wir Arbeit und Beschäftigung voranbringen können, dass investiert wird in andere Wege der Energieproduktion, in den Ausbau unseres Stromnetzes, in den Aufbau eines Wasserstoffnetzes, in industrielle Modernisierung überall in unserem Land, wenn wir Perspektiven haben, dass die Technologien der Zukunft in Deutschland stattfinden - etwa mit der Halbleiterproduktion -, nur dann kann Zuversicht auch tatsächlich gelingen. Ich bin überzeugt davon, dass uns das gelingen wird, dass wir diese Investitionen jetzt auf den Weg zu bringen und es damit auch schaffen, sowohl gute Arbeitsplätze für die Zukunft zu erreichen als auch den menschengemachten Klimawandel in diesem Lande bereits 2045 aufzuhalten. Das ist die Aufgabe, die wir haben, und darum geht es, wenn wir über Zuversicht und über morgen diskutieren. (Beifall)

Das gilt natürlich auch dann, wenn wir die Frage des Zusammenhalts besprechen. Eine Gesellschaft, die eine Zukunft haben will, muss zusammenhalten. Sie muss dafür sorgen, dass alle den notwendigen Respekt bekommen, den sie für ein sicheres Leben brauchen. Deshalb war es ein richtiger und notwendiger Schritt, dass wir in Deutschland alles dafür getan haben, einen Mindestlohn zu bekommen, und dass wir alles dafür getan haben, dass er mit einem einzigen Schritt, den der Bundestag beschlossen hat, auf 12 Euro angehoben wurde. Ich sage auch: Eine ordentliche Lohnuntergrenze gehört zur Sozialpartnerschaft in diesem Lande dazu. (Beifall)

Weil es eben angesprochen worden ist, möchte ich noch sagen: Ich war genauso unglücklich - wie alle hier, und Yasmin hat das für uns alle gesagt - darüber, dass die

Mindestlohnkommission Lohnerhöhungen in dem Sinne vorgeschlagen hat, wie sie das getan hat. Man muss und kann das durchaus kritisch bewerten. Denn die Sozialpartnerschaft in diesem Lande hätte es geboten, eine einvernehmliche Entscheidung zu fällen und nicht mit Mehrheit zu entscheiden. Das ist der Fehler, der dort gemacht worden ist. (Beifall)

Wir brauchen gute Löhne, und deshalb haben wir auch im Pflegebereich Mindestlöhne, die angehoben worden sind und auch weiterhin angehoben werden. Deshalb haben wir sichergestellt, dass im Bereich der Pflege gesetzliche Regeln sicherstellen, dass Lohndumping nicht einfach weiter in Pflegeeinrichtungen so praktiziert werden kann wie in der Vergangenheit. Aber ich sage auch gleichzeitig: Die Grundlage für gute Löhne sind neben einer ordentlichen wirtschaftlichen Entwicklung immer auch Tarifpartnerschaft und Tarifverträge. Sie sind das stabile Fundament unseres Landes, und wir brauchen mehr Tarifverträge und nicht weniger. (Beifall)

Als Gewerkschafter beklage ich sehr wohl, dass die Tarifbindung zurückgegangen ist. Als Bürger dieses Landes und auch als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland setze ich mich dafür ein, dass wir wieder mehr Tarifbindung bekommen. Dazu gehört auch, dass wir dort, wo staatliche Aufträge vergeben werden, mit Tariftreuegesetzen dagegen arbeiten, dass Dumpinglöhne gezahlt werden. (Beifall) Die Regierung hat sich das vorgenommen, und wir werden das auch machen. Das gehört zu den großen Aufgaben, die wir uns für die Zukunft vorgenommen haben.

Das, was zu unserem Land zu Respekt und Zusammenhalt gehört, ist auch der Sozialstaat, das Miteinander, das wir hier aufgebaut haben. Ich möchte ausdrücklich sagen: Es ist ein gutes Zeichen, dass wir in diesen Zeiten die sozialstaatlichen Sicherungen in Deutschland verbessert haben. Ich stelle mich all denjenigen entgegen, die sagen: Weil die Zeiten schwierig sind, muss der Sozialstaat zurückgefahren werden. - Das Gegenteil ist richtig. Das Gegenteil ist der Fall. (Beifall)

Das haben wir bereits mit weitreichenden Entscheidungen erreicht, was zum Beispiel die Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten betrifft. Wir werden das tun, indem wir das umsetzen, was wir uns vorgenommen haben: die Garantie eines stabilen Rentenniveaus in Deutschland über das Jahr 2025 hinaus, und zwar fest vereinbart. Ich werde alles daransetzen, dass diese Vereinbarung auch umgesetzt wird. (Beifall)

Für mich gehört auch dazu, dass wir in letzter Zeit Verbesserungen organisiert haben, unter anderem mit der Bürgergeldreform. Verbesserungen gab es auch dadurch, indem wir dafür gesorgt haben, dass mehr Bürgerinnen und Bürger, die erwerbstätig sind oder Rente beziehen, von dem Wohngeld profitieren können - im Gegensatz zur Vergangenheit - und sogar mehr bekommen. Selbstverständlich gehören dazu auch die aktuellen Erhöhungen des Kindergeldes und des Kinderzuschlags. Die Perspektive, die aus der massiven Anhebung des Kindergeldes für das erste, zweite und dritte Kind und des Kinderzuschlages entwickelt werden soll, ist die Kindergrundsicherung. Denn Kinder sollen nicht von der Arbeitsverwaltung unterstützt werden, sondern sie sollen von einem einheitlichen System unterstützt werden, das für alle gewährleistet wird. (Beifall)

Die Kindergeldkassen sind, wie wir vorgesehen haben, dafür eine gute Institution, die dazu beitragen wird, das Miteinander in unserer Gesellschaft zu verbessern.

Lassen Sie mich zum Schluss etwas sagen, was auch dazu gehört: „Morgen braucht uns“ heißt auch ganz klar, dass es um etwas geht, das wir erringen müssen. Das bedeutet, dass wir uns dafür einsetzen müssen und dafür sind die Gewerkschaften gut und unverzichtbar. Aber es gehört auch dazu, dass wir denen entgegentreten, die - weil sie die Vergangenheit hochhalten, weil sie Ressentiments schüren und weil sie die Spaltung in dieser Gesellschaft voranbringen - die demokratischen Entwicklungen unseres Landes gefährden. Wir brauchen eine ganz klare Haltung gegen rechtspopulistische Parteien und Bestrebungen in diesem Land. (Beifall) Sie sind nicht für die Zukunft, sie stehen für Rückschritt und Spaltung. (starker Beifall)

(Es werden Transparente sowie eine Friedensfahne hochgehalten.)

Schönen Dank für die vielen Transparente. (Heiterkeit) Ich will auf einen Aspekt, der genannt wird, noch einmal eingehen. Ja, aus meiner Sicht ist es eine große Bedrohung, die der russische Angriffskrieg auf die Ukraine darstellt. Es ist ein Angriff auf die Friedens- und Sicherheitsordnung Europas. Es ist ein Angriff auf die Verständigung, die über Jahrzehnte gegolten hat, dass mit Gewalt keine Grenzen verschoben werden. (Beifall)

Wir waren sehr froh darüber, dass das in vielen Papieren festgeschrieben wurde - Dokumenten von weitreichender Bedeutung bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in der NATO-Russland-Grundakte; in vielen, vielen weiteren war es aufgeschrieben. Man stelle sich vor, überall würden irgendwelche Staats- und Regierungschefs anfangen, in Geschichtsbüchern zu blättern und zu gucken, wo die Grenzen schon einmal verlaufen sind. Wenn daraus jeder das Recht ableitet, Krieg zu beginnen gegen seinen Nachbarn, um sich einen Teil des Territoriums anzueignen, dann haben wir keinen Frieden, sondern Krieg für lange Zeit. Deshalb muss die Friedens- und Sicherheitsordnung Europas verteidigt werden, die genau diese Aussage beinhaltet: Keine Kriege, um Grenzen zu verschieben! (Beifall)

Aber dazu gehört auch, dass ein Land, das überfallen, das angegriffen wird, sich verteidigen kann. Es ist eine zynische Aussage, jemandem, auf dessen Territorium die Panzer eines anderen Landes rollen, zu sagen, er solle verhandeln, statt sich zu verteidigen (starker Beifall). Das ist keine Anforderung, die wir hier sagen können (weiterhin starker Beifall). Wir wünschen uns alle Frieden und niemand wünscht sich das mehr als die Ukrainerinnen und Ukrainer, die so viel Zerstörung ihres Landes erlebt haben und erleben und die so viele Tote zu beklagen haben. Aber die Grundlage dafür ist, dass der russische Präsident einsieht: Er muss Truppen zurückziehen. Das ist die Grundlage für Verhandlungen! (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Morgen braucht uns. Das ist in vielerlei Hinsicht wahr. Es beinhaltet die Aussage, dass wir zuversichtlich sein können, eine gute Zukunft zu haben; aber auch die unmissverständliche Botschaft: Von alleine kommt es nicht - es braucht uns, es braucht starke Gewerkschaften, es braucht ver.di in Deutschland. (starker Beifall)